

Für mehr Rücksicht statt Verboten - Alternativen zum Alkoholkonsumverbot an der „Schiefen Ecke“

Einführung

Die Schiefe Ecke (Kreuzung Görlitzer-/Rothenburger-/Louisenstraße) ist besonders abends und nachts ein zentraler Treffpunkt und Aufenthaltsort in der Äußeren Neustadt, an dem sich Menschen mit unterschiedlicher Motivation begegnen. So sehr es dem Charakter der Neustadt entspricht, die Straße als nicht-kommerziellen Begegnungsraum zu nutzen, so müssen sich auch Anwohnende und anliegende Gewerbetreibende wohlfühlen. Ziel ist ein rücksichtsvolles Nebeneinander unterschiedlicher Lebensformen.

In den letzten Monaten ist die Situation an der Schiefen Ecke gekippt. Der Lärm und die Belastung gehen über eine hinnehmbare Grenze hinaus. Die Neustädter sind tolerant. Aber die Situation für Anwohner ist so nicht mehr auszuhalten. Der Kreuzungsbereich ist dem nächtlichen Andrang der vergangenen Wochen und Monaten nicht gewachsen.

Mutwilliger Ruhestörung, Vermüllung, wildem Urinieren und Vandalismus muss verstärkt entgegengetreten werden. Dennoch halten wir das diskutierte Verbot von Alkoholverkauf und -konsum an diesem Ort nicht für zielführend. Es ist nicht sinnvoll ein derart restriktives Verbot einzuführen, so lange bereits bestehende Regeln nicht durchgesetzt werden. Auch ist wahrscheinlich, dass sich das Problem dadurch lediglich an andere Orte verlagert. Zudem stellt es eine unverhältnismäßige Freiheitseinschränkung dar.

Deswegen schlagen wir ein alternatives Maßnahmenbündel vor mit dem folgende Kernzielen erreicht werden sollen:

1. die Wiederherstellung der Balance zwischen den Interessen von Anwohner*innen und von Nutzer*innen des öffentlichen Raums
2. die Schaffung und den Erhalt von nicht kommerziellen Freiräumen insbesondere für junge Menschen
3. die mittelfristige Reduzierung des Einsatzaufkommens von Polizei und Gemeindlichen Vollzugsdienst in der Neustadt

Beschlusspunkte

1. *Durchsetzung von bestehenden Regeln*

Die Präsenz von Polizei und Ordnungsamt in den letzten Wochen hat gerade am Wochenende bereits eine erste spürbare Beruhigung der Lage an der Ecke ergeben. Dies bestärkt uns in der Sichtweise, dass ein Teil des Problems war, dass nachts zu wenige Verstöße kontrolliert wurden.

- 1.1. Der Gemeindliche Vollzugsdienst und die Polizei müssen die Polizeiverordnung (PV) insbesondere bei groben Verstößen verstärkt durchsetzen. Dazu gehört insbesondere die Ahndung bei Ruhestörung (§ 3, 4 PV), öffentliche Belästigungen und Störungen (§ 12 PV), sowie Straftatsbestände, wie Vandalismus. Die Durchsetzung der Polizeiverordnung in Hinsicht auf Ruhestörungen muss sich auch auf die umliegenden Gastronom*innen beziehen.
- 1.2. Bislang gibt es zu wenige Mitarbeiter*innen beim gemeindlichen Vollzugsdienst, welche zu später Stunde eingesetzt werden dürfen. Der Oberbürgermeister wird daher aufgefordert, die Schaffung zusätzlicher Stellen zu prüfen, um nachts und auch nach 2 Uhr morgens Verstöße ahnden können.

2. *Müllvermeidung und Entsorgung*

Die starke Vermüllung der Ecke stellt eine außerordentliche Belastung für die Anwohner*innen und Gäste dar. Der Oberbürgermeister wird daher aufgefordert,

- 2.1. die Einführung einer Abgabe auf Einwegverpackungen (bspw. auf Pizzakartons und Einwegbecher) in Dresden zu prüfen.
- 2.2. die Umsetzung der Kölner Idee eines „Kippenrecyclingvereins“ auch in Dresden zu prüfen, um damit einen spielerischen Anreiz zu schaffen, Zigarettenkippen ordnungsgemäß zu entsorgen.
- 2.3. die Installation von zusätzlichen oder größeren Mülleimern im Umfeld der Ecke zu prüfen.

3. *Sozialarbeit, Mediation und Prävention*

Mittelfristig müssen wir die Lage an der Ecke beruhigen, ohne die Möglichkeit des „cornern“ zu verhindern. Es gibt den Wunsch, sich an sozialen Ecken zu treffen. Allein repressive Maßnahmen lehnen wir ab. Dies würde nur zu einer Verdrängung des Geschehens an einen anderen Platz in der Neustadt führen.

Wir setzen hier in der Zukunft zum einen auf eine zivilgesellschaftliche Selbstkontrolle in der Neustadt. Zum anderen brauchen wir Maßnahmen, um die Lärmbelästigung nachts für die Anwohner zu unterbinden. Priorität haben hier Maßnahmen und zivilgesellschaftliches Engagement gegen mobile Lautsprecher und Trommeln in den Abend- und Nachtstunden.

- 3.1. Die Verwaltung wird beauftragt, sozialarbeiterische Beratung in Anspruch zu nehmen, insbesondere um eine fachgerechte Einschätzung darüber zu erhalten, wie groß die Personengruppe ist, die mutwillige Störungen verursacht. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, inwiefern ein Einsatz von Streetworker*innen oder Angebote der Sozialarbeit auch in den relevanten Zeiträumen sinnvoll sein könnten.
- 3.2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zur Unterstützung dieser Maßnahmen ein Mediationsprogramm in der Neustadt zu prüfen. Dabei sollen von April bis Oktober So-Do von 20-24 Uhr und Fr und Sa von 20-3 Uhr Streetworker*innen und Mediator*innen insbesondere in der Äußeren Neustadt unterwegs sein. Durch eine direkte Ansprache von Besucher*innen sollen bestehende Konflikte reduziert werden.. Es ist ein Personalaufwand von 6 Vollzeitäquivalenten und damit Gesamtkosten von ca. 250000€ zu veranschlagen.
- 3.3. Die Neustadtkümmern soll in regelmäßigem Austausch mit Anwohner*innen, Streetworker*innen und Behörden treten, um die Entwicklung der Situation zu beobachten und auf Fehlentwicklungen und unzureichende Wirkung der Maßnahmen hinzuweisen.
- 3.4. Anwohner*innen müssen ernst genommen werden und Eigeninitiativen zur Verbesserung ihrer Lebensqualität sollten möglichst unterstützt und gefördert werden.

4. *Stadtentwicklung, Freiräume und Verkehr*

In den letzten Jahren wurden richtiger Weise viele Wohnungen gebaut. Zudem standen Spielplätze und zunehmend Sportanlagen für die Neustädter Kinder im Mittelpunkt der Planungen. Kultureinrichtungen wurden derart verdrängt. Corona droht diese Situation noch zu verschlimmern. Die Neustadt ist eines der kinderreichsten Stadtviertel Deutschlands. Diese Kinder werden älter und brauchen Orte, um sich zu treffen.

Der Konflikt an der Schiefen Ecke ist Symptom eines größeren Problems. Es fehlt an attraktiven, nicht-kommerziellen Räumen in der Äußeren Neustadt. Deshalb bedarf es mittelfristig weiterer Maßnahmen:

- 4.1. Neue Räume für Begegnung ohne Konsumzwang müssen geschaffen, bzw. erschlossen werden. Dazu sollten vorhandene (interkulturelle) Zentren und

Vereine einbezogen und Ausweichflächen innerhalb der Neustadt gestaltet werden. Wir fordern den Oberbürgermeister auf, die alten „Reithallen“ am West-Alaunpark vom Freistaat Sachsen zu kaufen und als nicht-kommerzielles kulturelles Zentrum einzurichten.

4.2. Der Stadtratsbeschluss „Stadtteilangepasste Mobilitätsplanung für die Louisenstraße (A0487/18)“ muss schleunigst umgesetzt werden, um die Louisenstr. als Shared Space umzugestalten. Weniger fahrender und ruhender Verkehr auf der Ost-West-Achse (Louisenstraße) ermöglicht mehr Außengastronomie und das Schaffen von Sitz- und Aufenthaltsgelegenheiten (z.B. durch Parklets“), die einer entspannten Atmosphäre sowie einem friedlichen Publikum und einer Entspannung an der betreffenden Kreuzung zuträglich sind.

4.3. Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie durch die Einführung einer Einbahnstraßenregelung der durchgehende Verkehr von der Louisenstraße auf Bischofsweg und Bautzner Straße verlagert werden kann. Denkbar wäre eine Zuführung des Verkehrs von der Rothenburger Str. kommend in östlicher und westlicher Richtung jeweils als Einbahnstraße in die Louisenstr.